

V0880/24

**Grundsatzbeschluss zu konkret konzeptionellen Maßnahmen zur summarischen Stellenplankonsolidierung und zum zukünftigen Verfahren zur Deckung zusätzlicher Personalbedarfe**  
**(Referent: Herr Kuch)**

**Antrag:**

1. Das Referat I wird beauftragt, dem Stadtrat spätestens mit Beginn des Stellenplanverfahrens 2026 ein Konzept vorzulegen, mit dem über konkret dargestellte Maßnahmen erreicht werden soll, die Gesamtsumme der Stellen im Stellenplan zu reduzieren und die dringlichsten zusätzlichen Personalbedarfe über ein stellenplanneutrales Verfahren decken zu können
2. Dieses Konzept soll sich an den unter Ziffer 2 im Kurzvortrag dargestellten Leitlinien orientieren.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	03.12.2024	Vorberatung
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	05.12.2024	Vorberatung
Stadtrat	17.12.2024	Entscheidung

**Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 05.12.2024**

Stadtrat Wittmann verweist auf die Diskussion im Finanzausschuss, die Ziffer zwei der Beschlussvorlage zu streichen. Seines Erachtens sei dies Aufgabe des Referenten, der dies alleine entscheiden könne. Die Ziffer eins sei der erste Schritt auf den Weg zu einem längeren Konsolidierungsbedarf. Um das Ziel zu erreichen, gehe Stadtrat Wittmann davon aus, dass in den nächsten zwei, drei Jahren ein zweistelliger Millionenbetrag eingespart werden müsse. Ihm sei bewusst, dass dies eine harte Forderung sei. Es werde nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Töchter vor eine riesige Aufgabe gestellt. Im Hinblick auf die vorgelegten Zahlen des Finanzreferenten im Haushaltsentwurf mit dem Hinweis, dass eine größere Gewerbesteuersumme zurückerstattet werden müsse, sei ein anderes Vorgehen nicht möglich. Es sei nur zu hoffen, dass die Situation in den nächsten Jahren wieder besser werde. Ansonsten sichert Stadtrat Wittmann Zustimmung zu.

Die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Stadt sei schwierig und insofern müsse dieser Beitrag geleistet werden. Nach den Worten von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sei dieses Vorgehen für das Personal erträglich.

Die SPD-Stadtratsfraktion signalisiert Zustimmung, so Stadtrat Werner. Er verweist auf die Information des Städtetags, hinsichtlich der Runterfinanzierung der bayerischen Kommunen von insgesamt fünf Milliarden Euro. Erfreulich sei zwar, dass die zur Verfügung stehenden Mittel im Finanzausgleich um fast 10 Prozent erhöht werden, aber dies löse die Probleme nicht. Nach seinem Kenntnisstand gebe es nur zwei größere Städte, die ohne Probleme einen genehmigungsfähigen Haushalt zustande bringen. Das Personal könne man aber nicht

außen vorlassen. Stadtrat Werner verweist er auf die Leitlinien, wo dankenswerterweise die Anregungen des Stadtrates mit aufgegriffen worden seien. Für ihn sei dies ein schlüssiges Konzept.

Für Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sei dies ein formales Thema.

Stadtrat Semle spricht sich für die Antragsziffer zwei aus und rate zu diesen Leitlinien, für einen gemeinsamen Austausch zwischen den Referenten und den Referaten. Aufgrund der dramatischen Finanzlage müsse ein Null- oder Minusdeckel auf die Stellenplatzzahl möglich sein. Von daher sei es nach seinen Worten schon wichtig, dass der Stadtrat die Möglichkeit erhalte, solche Vorgaben zu geben. Das Konzept sage aus, dass bei einer Dehnung dessen, es immer einen kleinen Zuwachs geben könne. Stadtrat Semle bittet um eine Leitlinienfunktion, die durchaus mit der Verwaltung und dem Stadtrat besprochen werden könne.

An Stadtrat Wittmann gewandt teilt Stadtrat Köhler mit, dass er die Einsparung eines zwei Millionen Betrages im öffentlichen Dienst nahezu unmöglich halte. Es müsse aber ein Ziel gesetzt werden. An Stadtrat Kuch gewandt fragt er nach, ob dieses Konzept mit dem Personalrat besprochen werde.

Herr Kuch verweist auf das gestrige Abschlussgespräch mit dem Oberbürgermeister und dem Personalrat, wo dies Thema gewesen sei. Dies sei aber auch schon in der Oktobersitzung dem Personalrat angekündigt worden. Für den Grundsatzbeschluss habe es noch keine Idee gegeben. Gestern sei gegenüber dem Personalrat betont worden, dass es nur eine Konzeptidee gebe. Wenn nun mit der Konkretisierung begonnen werde, stehe es außer Frage, dass die verschiedenen Fachbereiche und auch der Personalrat zu beteiligen seien. Herr Kuch merkt an, dass man mit dem Personalrat Hand in Hand arbeite. Ganz entscheidend sei im Sinne der Arbeitgeberinnenattraktivität, dass dies in der Belegschaft gut kommuniziert werde. Herr Kuch wolle keine Panik oder Angst der Mitarbeiter, dass diese den Arbeitsplatz verlieren. Insofern stehe man im engen Austausch mit dem Personalrat. Die Vorratsstellen betreffend werde bis zum Stellenplan 2028 kein Zuwachs erfolgen. Die 15 Vorratsstellen seien bereits jetzt im Stellenplan 2025 enthalten und können bis zum Jahr 2028 abgeschmolzen werden. Die Idee sei, dass der Stadtrat pro Jahr bis zu fünf dieser Vorratsstellen konkret besetze. Dies bedeute keinen Stellenzuwachs und sei auch ein Teil des Konzeptes. Wenn der Stadtrat nur eine oder keine in dem Jahr besetze, fallen die restlichen, bis zu einer Summe von fünf, weg. Die Entscheidung obliege dem Stadtrat. Keine Vergabe bedeute eine Reduzierung von 15 Stellen. Ganz wichtig sei Herrn Kuch, was mit den Leitlinien kommuniziert werde und dass es tatsächlich eine konkrete Kürzungsvorgabe gebe. Herr Kuch sehe die Notwendigkeit der Leitlinien. Auch im Hinblick auf die Kürzungsvorgaben, aber auch im Hinblick auf andere Vorgaben, sei die Einbindung des Stadtrates wichtig. Diese Leitlinien seien der Schieberegler, wie intensiv oder weniger intensiv diese Einsparungen ausfallen und zugleich der Dreh- und Angelpunkt. Herr Kuch verstehe, dass es für den Stadtrat schwierig sei, konkrete Vorgaben zu machen. Er betont aber, dass es ohne gewisse strategische Vorgaben, was in Zukunft in welcher Qualität geleistet werden wolle, schwierig sei. Eine Abstimmung mit den Fachreferaten sei hier schwierig.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hat die Ausführungen von Stadtrat Wittmann nicht so verstanden, dass der Stadtrat ganz außen vorgelassen werden solle. Hier sei das Gegenteil der Fall, denn es hänge an den gesetzten Aufgaben und den politischen Schwerpunkten. Es hänge nicht an der Ziffer zwei des Antrags, ob dies stehe oder falle. Entscheidend sei letzten Endes das Ergebnis. Es stehe außer Frage, dass kein Mitarbeiter um seinen Arbeitsplatz bangen müsse. Aber davon sei man weit entfernt und dies werde keinesfalls gewollt. Es bedürfe aber schon einer Transparenz und eines schlanken mehrjährigen Verfahrens, um zu sehen, wie sich die Stadt künftig im Personalbereich aufstellen werde. Nach den Worten von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll werde es hierzu noch einigen Diskussionsbedarf geben.

Stadtrat Wittmann verweist auf das ähnliche Vorgehen bei der Vorlage mit den grünen, gelben und roten Beispielen. Auch hier solle dieses Vorgehen angewandt werden. Seines Erachtens müssen die freiwilligen Aufgaben betrachtet werden, damit ersichtlich sei, was hier überhaupt getan werde. Stadtrat Wittmann betone bewusst, freiwillige Aufgaben und nicht freiwillige Leistungen. Erarbeiten könne dies aber nicht der Stadtrat, denn hierzu müssen Vorschläge seitens der Verwaltung erfolgen. Ohne eine Aufgabenkritik könne dies nicht umgesetzt werden.

Es müsse bei der einen oder anderen Pflichtaufgabe geprüft werden, in welcher Intensität diese noch durchgeführt werde solle, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Stadtrat Semle sei aufgefallen, dass es sich nicht nur um freiwillige Aufgaben handelt, sondern auch in andere Bereiche geprüft werden müssen. Hierzu verweist er auf den angesprochenen Schieberegler mit 80 und 20 Prozent. Er schlägt vor diesen auf 70/30 Prozent zu ändern, wenn die Lage im nächsten Jahr dramatisch, oder auf 90/10 Prozent zu ändern, wenn diese undramatisch sei.

Abstimmung über die Streichung der Antragsziffer zwei:  
Der Antrag wird gegen 3 Stimmen **abgelehnt**.

Abstimmung über den Antrag der Beschlussvorlage:

Einstimmig befürwortet:

1. Das Referat I wird beauftragt, dem Stadtrat spätestens mit Beginn des Stellenplanverfahrens 2026 ein Konzept vorzulegen, mit dem über konkret dargestellte Maßnahmen erreicht werden soll, die Gesamtsumme der Stellen im Stellenplan zu reduzieren und die dringlichsten zusätzlichen Personalbedarfe über ein stellenplanneutrales Verfahren decken zu können
2. Dieses Konzept soll sich an den unter Ziffer 2 im Kurzvortrag dargestellten Leitlinien orientieren.